Mitteilung

der Landesregierung

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaus-
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-
haltsjahr 2007
– Beitrag Nr. 20: Steuervorteile bei Gebäuden in Sanie-
rungsgebieten**

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 17. Dezember 2009 folgenden Beschluss gefasst (Druck-
sache 14/5320 Abschnitt II):

Die Landesregierung zu ersuchen,

1. die Empfehlungen des Rechnungshofs baldmöglichst umzusetzen;
2. dem Landtag über das Veranlasste bis 31. Dezember 2010 zu berichten.

Bericht

Mit Schreiben vom 22. Dezember 2010 Nr. I 0451.1 berichtet das Staatsminis-
terium wie folgt:

Besteuerungsverfahren

Die Oberfinanzdirektion Karlsruhe hat die Feststellungen des Rechnungshofs im Rahmen der Arbeitsgemeinschaften ESt I/2009 mit den Hauptsachgebietsleitern für Einkommensteuer eingehend behandelt. Dabei wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass bei Erwerbermodellen auf der Grundlage des Leitfadens der Oberfinanzdirektion stets ein Feststellungsverfahren durchzuführen ist. Die Hauptsachgebietsleiter für Einkommensteuer haben die Finanzämter im Rahmen von Amtsbesprechungen dafür sensibilisiert, die Regelungen des Leitfadens konsequent anzuwenden und bei der Fallbearbeitung den vom Rechnungshof festgestellten potenziell fehleranfälligen Bereichen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die wesentlichen Punkte sind in der Niederschrift über die Arbeitsgemeinschaften ESt I/2009 zusammengefasst, die den Finanzämtern zur Verfügung steht.

Die Oberfinanzdirektion hat zudem in enger Abstimmung mit dem Staatlichen Rechnungsprüfungsamt Freiburg eine Checkliste mit Handlungsanweisungen für die Fallbearbeitung von Steuerbegünstigungen bei Gebäuden in Sanierungsgebieten erarbeitet und den Finanzämtern ebenfalls im Rahmen der Arbeitsgemeinschaften ESt I/2009 vorgestellt. Die Checkliste ist in allen einschlägigen Fällen zu verwenden und in der Akte für Dauersachverhalte bzw. als Vorhefter zur Jahrgangsakte abzulegen.

Bescheinigungsverfahren

In Bezug auf das dem Besteuerungsverfahren vorgelagerte Bescheinigungsverfahren haben die für Einkommensteuerfragen zuständigen Vertreter der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder inzwischen eine Überarbeitung der bundeseinheitlichen Bescheinigungsrichtlinien für Gebäude in Sanierungsgebieten beschlossen. Die einzuberufende Bund-Länder-Arbeitsgruppe wird sich aus Vertretern des Bundesfinanzministeriums, der obersten Finanzbehörden der Länder sowie der für Städtebauangelegenheiten zuständigen Ressorts des Bundes und der Länder zusammensetzen. Das Finanzministerium Baden-Württemberg wird die Empfehlungen des Rechnungshofs in die Beratungen der Arbeitsgruppe einbringen. Nach Verabschiedung der Bescheinigungsrichtlinien wird die Oberfinanzdirektion Karlsruhe ihren Leitfaden erforderlichenfalls entsprechend aktualisieren.

Das Wirtschaftsministerium hat seinerseits im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Referentenbesprechungen zu Fragen städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen die Bewilligungsstellen über die Aussagen des Rechnungshofes informiert. Die Bewilligungsstellen wurden aufgefordert, im Rahmen der Beratung die Gemeinden auf die richtige Anwendung der Bescheinigungsrichtlinien hinzuweisen.

Zudem wurde seitens des Wirtschaftsministeriums veranlasst, dass in allen Bewilligungsbescheiden ab dem Programmjahr 2009 auf die Anwendung der Bescheinigungsrichtlinien mit folgendem Passus hinzuweisen ist:

„Für die Anwendung der §§ 7 h, 10 f und 11 a des Einkommensteuergesetzes wird auf die ‚Gemeinsame Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums über die Bescheinigungsrichtlinien für die Anwendung der §§ 7 h, 10 f und 11 a des Einkommensteuergesetzes (EStG) vom 14. November 2008 – Az.: 6-25020.0 § 177/3 – (GABl. 2008, S. 373)‘ verwiesen.“

Das Wirtschaftsministerium teilt die Auffassung des Rechnungshofes, dass eine Überarbeitung der Bescheinigungsrichtlinien einschließlich der Vordrucke den Gemeinden die richtige Anwendung erleichtert und ermöglicht.

Die Übertragung der Zuständigkeit für das Bescheinigungsverfahren von den Gemeinden auf Landesbehörden wird hingegen abgelehnt. Die Durchführung von städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen nehmen die Gemeinden selbstständig und eigenverantwortlich im Rahmen der rechtlichen Vorgaben des Baugesetzbuches wahr. Aus Sicht des Wirtschaftsministeriums ist daher dort auch die Beurteilung, ob es sich um eine bescheinigungsfähige Modernisierung eines Gebäudes handelt, richtig angesiedelt.